

schaftlichen Aktivitäten in den Jahren 1989/90 – mehr (direkte) Demokratie (S. 87).

Die eine oder andere Wahl von Fragestellungen ist allerdings überhaupt nicht zu verstehen. So lässt z. B. die Frage „Wo oder was wären Sie heute, wenn Sie nicht in der DDR gelebt hätten?“ bestenfalls die Formulierung von (heutigen) Wünschen und Träumen zu (S. 216); in der Regel erlauben die Antworten jedoch nur Spekulationen. Das erkannte auch mancher Befragte. Einige ließen die Frage deshalb unbeantwortet, andere wiederum machten sich aus der Antwort einen (an dieser Stelle unpassenden) Spaß (S. 192). Überhaupt würden manche der Aussagen nicht so formalisiert, schematisch und eingeschränkt erscheinen, wäre der Interviewer der Vorgehensweise der meisten Historiker bei oral history gefolgt und hätte Zeitzeugeninterviews favorisiert, die für Fragen und Analyse lediglich eines Leitfadens bedürfen und in denen deshalb viel Freiraum für eigenes Erzählen gewährt wird.

Nicht zu verstehen sind außerdem Formulierungen oder Begriffe, die vom Herausgeber unkommentiert stehengelassen werden. So spricht beispielsweise CHRISTINE OSTROWSKI von einer „inneren SED-Opposition“ (S. 205), die es nachweislich als solche nicht gegeben hat.³ Un- oder missverständliche Formulierungen treten jedoch schon in der Einleitung des Buches auf. Ohne Zweifel versuchte sich Ullrich an einem interessanten Einstieg in die Einleitung. So beschreibt er, dass Schüler der 10. Klassen in der DDR 1970/71 einen Aufsatz zum Thema „Wie stelle ich mir das Jahr 2000 vor“ anfertigen sollten. Nach Ansicht des Herausgebers habe wahrscheinlich ein Referat von Erich Honecker den Anstoß dafür gegeben. Dass Honecker in dieser Rede „seinen Blick auf das ferne, magische Jahr 2000 gerichtet und dabei die Aufgaben für die heutigen Tage ins Visier genommen“ habe, ist nachvollziehbar, aber nicht Ullrichs Schlussfolgerung, Honecker habe seinerzeit auch eine „realistische Zukunftsvision formuliert“ (S. 13 f.).

Zum besseren Verständnis hätte es im einleitenden Beitrag prinzipiell einer tiefer gehenden, analytischen Auseinandersetzung mit den Interviewtexten bedurft. Das übernahm in Ansätzen FRANK RICHTER in seinem klugen Geleitwort. Der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung verweist an dieser Stelle auf die im Buch dokumentierten vielfältigen Perspektiven auf ein und dasselbe Geschehen und schlussfolgert mit Blick auf die oben beschriebenen tatsächlichen Leistungen von Zeitzeugeninterviews: Der Leser „kann und muss kritisch lesen, weil er mit Erkenntnissen, Bekenntnissen und Geständnissen von Menschen konfrontiert wird, die sich über Vergangenes in der Gegenwart äußern und weil dieselben Menschen dabei von Interessen geleitet werden, wie sie damals von Interessen geleitet wurden.“ (S. 9).

Dresden

Francesca Weil

Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Perspektiven aus Sachsen, Böhmen und Schlesien, hrsg. von JUDITH SCHACHTMANN/MICHAEL STROBEL/THOMAS WIDERA (Berichte und Studien, Nr. 56), V&R unipress, Göttingen 2009. – 344 S. (ISBN: 978-3-89971-741-9, Preis: 41,90 €).

Der Vorbereitung eines gemeinsamen Forschungsprojektes diene eine im November 2007 stattgefundene Arbeitstagung. Vorliegender Sammelband ist das Ergebnis des in Kooperation vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und vom sächsischen Landesamt für Archäologie initiierten Diskussionskreises. Für den Ver-

³ Vgl. ANDREAS MALYCHA/PETER JOCHEN WINTERS, *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009, S. 292 ff.

gleich zwischen verschiedenen politischen Gesellschaftssystemen und benachbarten Regionen, welche im 20. Jahrhundert unterschiedliche Entwicklungen nahmen, konnten Wissenschaftler aus Polen und Tschechien gewonnen werden. Mit der Problemstellung „betritt die Forschung Neuland“, betonen im gemeinsamen Geleitwort die (amtierenden) Direktoren beider Einrichtungen.

Es dürfte keine Wissenschaft, welche mindestens seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts etabliert war, im deutschsprachigen Kulturraum existieren, die nicht in die Turbulenzen der nationalsozialistischen Ära und in die Legendenbildung nach Ende des Zweiten Weltkrieges verstrickt gewesen ist. Zu den für deutsch-völkische, biologisch-rassistische und schließlich ideologische Zwecke instrumentalisierten Wissenschaften gehörte auch die prähistorische Archäologie. Sie konnte länger als vier Jahrzehnten ihr Selbstbild mit der Unterteilung in eine missbrauchte „befleckte“ und eine „saubere“ Wissenschaft in der öffentlichen Wahrnehmung aufrecht erhalten.

Weshalb dieses Erscheinungsbild so lange aufrecht erhalten werden konnte, verfolgt FREDERICK JAGUST (Berlin) über mehrere Handlungsstränge. Einer der Ausgangspunkte für diese sagenhafte Erzählung liegt danach in der im Juni 1949 verabschiedeten Resolution des Verbandes für Altertumsforschung, die „sich in aller Form von einer Forschungsrichtung distanzierte, wie sie vom ehemaligen Führer des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte der NSDAP, Prof. Dr. Hans Reinerth, propagiert worden ist“ (S. 285). Einem einzelnen Mann, seit 1939 Leiter der Abteilung Vorgeschichte im Amt Rosenberg, gaben die Fachkollegen Schuld für die augenscheinliche Instrumentalisierung der Ur- und Frühgeschichte. Die zu Beginn der siebziger Jahre veröffentlichten Arbeiten von Reinhard Bollmus¹ über das Amt Rosenberg und Michael H. Kater² über das „Ahnenerbe“ der SS führten unfreiwillig (unkritische Befragung von Zeitzeugen) die Legendenbildung fort. Erst nach der deutschen Vereinigung 1990 begann eine anfangs zögerliche, differenzierte Aufarbeitung der Vorgeschichtsforschung im Dienst des Dritten Reiches. Jagust analysiert sorgfältig Erklärungs- und Argumentationsmuster, die zur lange gehegten Annahme führten, die Vorgeschichtsorganisation der SS sei „quasi als Schutzraum für verfolgte, aber fachlich kompetente Archäologen“ (S. 288) geworden. Anhand zahlreicher Beispiele weist er nach, dass das Refugium praktisch nicht bestanden hat. Die „Verfolgten“ dienten sich entweder dem Reichsführer SS aus weltanschaulicher Übereinstimmung oder opportunistischem Grund an. Beweggründe sind unter anderem die Aussicht auf Freistellung vom aktiven Kriegsdienst, auf nationale und internationale fachliche Anerkennung, Sicherung von gutem Arbeitsplatz und Einkommen sowie vielversprechende Zukunftsperspektiven. Wenn sich humanistisch geschulte Akademiker dem opportunen Zeitgeist einer Diktatur beugen, bejahen sie in letzter Konsequenz das Regime. Eine wieder von beiden Institutionen ausgerichtete Tagung³ im September 2009 widmete sich konkret Lebensläufen von Prähistorikern, welche aktiv an der Legendenbildung über die Rolle und Bedeutung der „Weltanschauungswissenschaft“ im Dritten Reich beteiligt waren.

Dieses nationalsozialistische Gedankengut breitete sich in den deutschsprachigen Gebieten und in der Hauptstadt Prag der benachbarten Tschechoslowakei aus. „Von Einfluss waren die in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Spannungen zwischen den sozial gehobenen Prager Deutschen, traditionell liberal und häufig deutschsprachigen Prager Juden, und den oftmals weit weniger wohlhabenden

¹ REINHARD BOLLMUS, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970.

² MICHAEL H. KATER, *Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, München 42006.

³ Siehe ><http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2866>>.

Deutschen aus der Provinz, unter denen sich seit der Jahrhundertwende das deutsch-völkische Ideengut ausgebreitet hatte“ (S. 75). Über die ideologische Unterwanderung der Prager Universität und der Sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung in Reichenberg (Liberec) berichtete OTA KONRAD (Prag) ausführlich, detailreich und differenziert. Er schildert Auseinandersetzungen verschiedener Fachgebiete über die Frage, wie man sich zum Staat verhalten und welche Orientierung der Wissenschaftsbetrieb nehmen soll: staats-treu oder reichsdeutsch. Konrad verweist auf eine Geschichtsschreibung, die in ihrer Konzeption von einem deutschen Gesamtvolk und seiner außerhalb der Reichsgrenzen lebenden deutschsprachigen Minderheit ausgeht. Der Begriff Sudetendeutscher wurde zu einer einheitlichen Bezeichnung für die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, die „zu einer gesamt-sudetendeutschen Kultur zusammenwächst, ein unlöslicher Teil der deutschen Gesamtkultur, damit Westeuropa ist“ (S. 79).

JARMILA KACZMAREK (Poznan) referiert in ihrem Beitrag über die Archäologie in Polens Westteil, der zwischen 1918 und 1945 zu verschiedenen Staaten (Preußen, Polen, Deutsches Reich) gehörte. Die Archäologie blickte hier auf eine lange deutsche und polnische Tradition zurück. Da die beiden Gruppierungen staatlicherseits nicht gleichberechtigt behandelt wurden, entstanden getrennte wirtschaftliche und kulturelle Institutionen. „So gab es häufig Streit um die Anzahl der übernommenen Fundobjekte, die beweisen sollten, das die Provinz Posen schon seit Jahrhunderten von polnischer oder von deutscher Bevölkerung besiedelt worden war“ (S. 252). War man sich anfangs über den slawischen Ursprung der Besiedlung einig, so begann gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Suche nach germanischen Spuren. Mit der Gründung der polnischen Republik war eine neue politische Situation entstanden und fast alle bisherigen Einrichtungen deutscher Archäologie aufgelöst oder polonisiert. Während der Zwischenkriegszeit vollzog die Posener Archäologie einen enormen Qualitätssprung, wie Kaczmarek überzeugend nachweist und begründet: rasche Entwicklung der Institutionen und des Museumswesens, der Ausgrabungsverfahren und Geländeforschungen, Mit dem Überfall deutscher Truppen im September 1939 wurde die kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit polnischer Prähistoriker beendet. Jetzt sollte Poznan das archäologische Hauptzentrum zwischen Königsberg und Wien und der national-sozialistischen Kulturpolitik werden. Während der Katalogisierung konfiszierter polnischer Kulturgüter „unterliefen den Wissenschaftlern, die sich in dieser Zeit mit ihnen fremden Kulturgebieten beschäftigten, viele Fehler“ (S. 258).

Welche Wege die Institutionalisierung der Bodendenkmalpflege in Sachsen 1918 bis 1945 nahm, überblickte MICHAEL STROBEL (Dresden) in seinem Beitrag. Eingangs verweist er darauf, dass Kultur und Bildung Ländersache waren und die Entwicklung des Faches immer „in starker Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Konstellationen“ (S. 169) erfolgte. Zu Beginn der Weimarer Republik führte die Archäologie ein behördliches Nischendasein. Erst ab Mitte der zwanziger Jahre erfuhren Burgwallgrabungen und verschiedene archäologische Fundorte die notwendige offiziöse Aufmerksamkeit und Förderung. Die gehegte Disharmonie zwischen der Dresdner Zentralstelle und Bautzen, wo die Gesellschaft für Vorgeschichte und Geschichte der Oberlausitz ihren Sitz hatte, blieb erhalten. Hier wirkte sich das Fehlen eines Denkmalschutzgesetzes, – was auf Privatgrund gefunden wurde, teilten sich Eigentümer und Finder; zur Meldung war niemand verpflichtet – auf Sammlungs- und Grabungspraxis von Museum und Archiv negativ aus. „Massive Quellenverluste in den Braunkohletagebauten Nordwestsachsens“ (S. 179) sind gleichfalls zu verzeichnen. Eine Änderung der Verhältnisse trat erst nach 1933 ein, nachdem das „Heimatschutzgesetz“ verabschiedet worden war. Die Gründung des selbständigen Landesmuseums für Vorgeschichte erfolgte 1938. Für die archäologische Denkmalpflege kann Michael

Strobel konstatieren, dass die „weltanschauliche Leitwissenschaft des Nationalsozialismus“ im Gau Sachsen „ungleich weniger profitierte“ als andere, „da ‚SS-Ahnenerbe‘ und das Amt Rosenberg“ es umgingen, „aus Gründen, die auf höchster Führungsebene zu suchen sein dürften. Gauleiter Martin Mutschmann verbat sich ‚eine Einmischung Berliner Stellen in die Arbeit‘ der sächsischen Vorgeschichtsforschung“ (S. 192).

Überzeugend weisen die Texte des Sammelbandes nach, dass die prähistorische Archäologie in den Grenzregionen des Freistaates Sachsen Ausgangsbasis nationaler Geschichtsschreibung war. Sie diente der „Legitimierung“ von territorialen Ansprüchen und leistete verhängnisvoll als Argumentationshilfe „wertvolle“ politische Hilfe. Die Beiträge geben beredten Überblick, wie man Wissenschaft instrumentalisiert und damit missbraucht hat. Dass Vorgeschichte nur ein Bestandteil, neben Literaturwissenschaft, Slawistik usw., dafür sein kann, ist das Fazit, welches aus der Lektüre zu ziehen ist.

Dresden

Uwe Ullrich

CHRISTIAN JANSEN unter Mitarbeit von **CHRISTOPH NENSA**, **Exzellenz weltweit**. Die Alexander von Humboldt-Stiftung zwischen Wissenschaftsförderung und auswärtiger Kulturpolitik (1953–2003), DuMont Literatur und Kunst Verlag, Köln 2004. – 248 S. mit Abb. und vier Grafiken (ISBN: 3-8321-74230, Preis: 29,90 €).

Der vorliegende Band entstand anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Stiftung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt mit Hilfe von Stipendien weiter zu fördern. Die Stiftung wird überwiegend durch das Auswärtige Amt finanziert, aber auch durch andere Bundesministerien und private Geldgeber. Die Bilanz ist herausragend: Weltweit wurden bis 2004 mehr als 25.000 Wissenschaftler in 132 Staaten gefördert. Aus den „Humboldtianern“ sind immerhin 35 Nobelpreisträger hervorgegangen. Zu den prominentesten Humboldtianern gehört der 2003 ermordete serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic.

Die Arbeit gründet auf dem Archiv der Stiftung. Nicht alles konnte geborgen werden. „Es wäre sehr wünschenswert, dass das Archiv der Alexander von Humboldt-Stiftung, das einen zentralen Bestand für die historische Forschung zur deutschen auswärtigen Kulturpolitik bildet, in absehbarer Zeit professionell mit Findmitteln erschlossen und interessierten Wissenschaftlern zugänglich gemacht würde“ (S. 15). Dem kann man nur beipflichten. Die Vorgängerstiftung, begründet 1925, die während der Weimarer Republik und des Dritten Reiches existierte, wird kurz gestreift. Dazu müssten die Akten der Landesarchive herangezogen werden, z. B. für Sachsen, Hauptstaatsarchiv Dresden, Bestand Ministerium für Volkbildung, Signatur 10281/63, 1925–1933...

Die Neugründung in Bonn zog sich aus unterschiedlichen Gründen bis zum 10. Dezember 1953 hin. Zum Gründungsvorsitzenden wurde der früher in Leipzig lehrende Physiker und Nobelpreisträger Werner Heisenberg (1901–1975) bestellt. In mehr als 20 Jahren hat er als „Präsident“, dieser Titel war formal nicht vorgesehen, bürgerte sich aber ein, die Stiftung mit großem Erfolg geführt. Der von ihm bestimmte Geschäftsführer Heinrich Pfeiffer hat von 1956 bis 1994 maßgeblich zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Als 1998 mit Stiftungsgeldern das Werner-Heisenberg-Haus in Leipzig als Gästehaus und internationale Begegnungsstätte eingeweiht werden konnte, hielt der ehemalige Generalsekretär Pfeiffer den Festvortrag. Dieser Vorgang ist in dem Jubiläumsband leider nicht erwähnt.